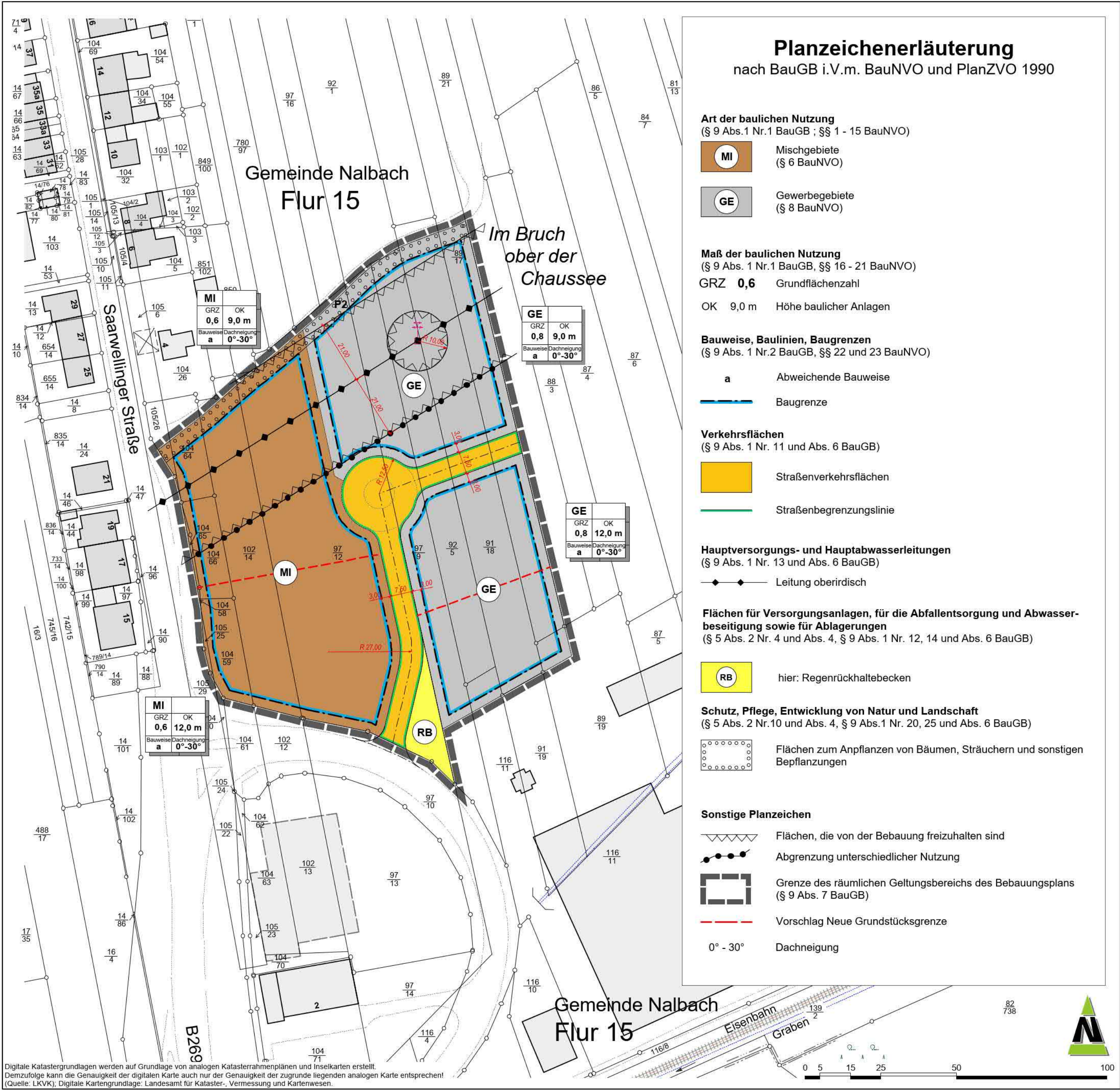


Bebauungsplan „Östlich der Saarwellinger Straße“

Gemeinde Nalbach



Teil A: Planzeichnung



Teil B: Textteil

Festsetzungen

gem. § 9 BauGB i.V.m. BauNVO

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr.1 BauGB und §§ 1 - 15 BauNVO)	Als Art der baulichen Nutzung wird im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans (siehe Planzeichnung) festgesetzt:
1.1 Mischgebiet MI (gemäß § 6 BauNVO)	siehe Plan - Planungen ab dem ersten Obergeschoss (gem. § 1 Abs. 7 BauNVO) - Geschäfts- und Bürogebäude - Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes - Sonstige Gewerbebetriebe - Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke Gem. § 1 Abs. 5 BauNVO wird die allgemein zulässige Nutzung: - Wohngebäude nur ausnahmsweise Zulässig. Gem. § 1 Abs. 6 BauNVO wird die Ausnahme: - Vergnügungstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 außerhalb der in Absatz 2 Nr. 8 bezeichneten Teile des Gebietes nicht Bestandteil des Bebauungsplanes. Gem. § 1 Abs. 5 BauNVO sind - Gewerbebetriebe, deren Betriebszeit den Nachtzeitraum vom 22.00 bis 6.00 Uhr umfasst, - Betriebe und Anlagen nach Nr. 8 ff der Anlage der 4. BImSchV - Gartenbaubetriebe - Vergnügungstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 in den Teilen des Gebietes, die überwiegend durch gewerbliche Nutzungen geprägt sind, unzulässig. Gem. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO werden - Vergnügungstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 außerhalb der in Absatz 2 Nr. 8 bezeichneten Teile des Gebietes die gem. § 6 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässig sind, nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.
1.2 Gewerbegebiet GE (gem. § 8 BauNVO)	siehe Plan - Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe, - Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude - Tankstellen - Anlagen für sportliche Zwecke Gemäß § 1 Abs. 5 in Verbindung mit § 1 Abs. 9 BauNVO sind Einzelhandelsbetriebe und Verkaufsstellen nur zulässig, wenn sie in unmittelbarem baulichen und betrieblichen Zusammenhang mit Handwerksbetrieben und anderen Gewerbebetrieben stehen und die Geschosflächen der Einzelhandelsnutzungen der Gesamtgeschossfläche des Bauvorhabens untergeordnet ist (max. 10 % der Geschosfläche), jeweils bis zu einer max. Verkaufsfäche von 500 m². Von dieser Beschränkung ausgenommen sind Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten zugeordnete Verkaufsstellen für Kraftfahrzeuge. Gem. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO werden - Vergnügungstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 außerhalb der in Absatz 2 Nr. 8 bezeichneten Teile des Gebietes die gem. § 6 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässig sind, nicht Bestandteil des Bebauungsplanes. Gem. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO werden - Vergnügungstätten,
Zulässige Arten von Nutzungen	- Wohnungen für Aufsichts- und Betriebspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betreiber, die dem Gewerbegebiet zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumaße untergeordnet sind, - Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, und gesundheitliche Zwecke
Nicht zulässige Arten von Nutzungen	Gem. § 1 Abs. 5 BauNVO sind - Gewerbebetriebe, deren Betriebszeit den Nachtzeitraum vom 22.00 bis 6.00 Uhr umfasst, - Betriebe und Anlagen nach Nr. 8 ff der Anlage der 4. BImSchV unzulässig. Gem. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO werden - Vergnügungstätten,

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 BauGB und §§ 16 - 21 BauNVO)	siehe Nutzungsschablone
2.1 Grundflächenzahl (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. 19 Abs. 1 BauNVO)	Mischgebiet MI (gemäß § 6 BauNVO) Die Grundflächenzahl innerhalb des Gebietes wird wie folgt festgesetzt: GRZ = 0,6 Bei der Ermittlung der zulässigen Grundfläche sind die Grundflächen von: 1. Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten, 2. Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO, 3. bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird mitzurechnen. Gemäß § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO ist eine Überschreitung der zulässigen Grundfläche durch die Grundflächen der o.g. Anlagen bis zu einer GRZ von 0,8 zulässig. Gewerbegebiet GE (gemäß § 8 BauNVO) Die Grundflächenzahl innerhalb des Gebietes wird wie folgt festgesetzt: GRZ = 0,8 siehe Nutzungsschablone gemäß § 9 Abs. 6 BauGB ist gemäß der Nachrichtlichen Übernahmen die Höhe der baulichen Anlagen innerhalb der Schutzflächen nach den Energierechtlichen Vorschriften beschränkt. Im Mischgebiet wird eine Höhe baulicher Anlagen festgesetzt von: OK = 12,0 m bzw. OK = 9,0 m (innerhalb des Schutzabstandes zur Hochspannungsfreileitung) Die Gebäudehöhen im MI werden ermittelt über den Abstand zwischen dem höchsten Gebäudepunkt (Oberkante Gebäude) und der Oberkante der Erschließungsstraßenachse, gemessen in der jeweiligen Wandmitte, senkrecht zur Straße. Im Gewerbegebiet wird eine Höhe baulicher Anlagen festgesetzt von: OK = 12,0 m bzw. OK = 9,0 m (innerhalb des Schutzabstandes zur Hochspannungsfreileitung) Die Gebäudehöhen im GE werden ermittelt über den Abstand zwischen dem höchsten Gebäudepunkt (Oberkante Gebäude) und der Oberkante der Erschließungsstraßenachse, gemessen in der jeweiligen Wandmitte, senkrecht zur Straße. siehe Nutzungsschablone Im Plangebiet ist eine abweichende Bauweise gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO festgesetzt. Für die Gebäude gibt es keine Längenbeschränkung. siehe Plan Die überbaubaren Grundstücksflächen werden im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans bestimmt durch die Festsetzung von: Baugrenzen (§ 23 Abs. 3 BauNVO) Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß (bis 0,5 m) kann gestattet werden. Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sind innerhalb und auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Stellplätze und Carports sind innerhalb und außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen, Garagen nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Siehe Plan Die Erschließungsstraße wird als Straßenverkehrsfläche festgesetzt. siehe Plan hier: VSE-Leitung (oberirdisch) Die anfallenden Abwässer sind innerhalb des Plangebietes getrennt nach Schmutzwasser und Niederschlagswasser zu sammeln und abzuentsorgen (Trennsystem).
2.2 Höhe baulicher Anlagen (§§ 16, 20 BauNVO)	siehe Nutzungsschablone
3. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 BauNVO)	siehe Nutzungsschablone
4. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr.2 BauGB und § 23 BauNVO)	siehe Plan
5. Flächen für Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 BauNVO)	siehe Plan
6. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)	siehe Plan
7. Führung von Ver- und Entsorgungsanlagen und -leitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)	siehe Plan

8. Flächen für die Rückhaltung von Niederschlagswasser (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)	siehe Plan hier: Regenrückhaltebecken
9. Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen und Bindungen für Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB)	siehe Plan, P1: Eingrünung der nicht überbaubaren Grundstücksflächen: Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind, sofern sie nicht für Zufahrten, Umfahrten oder Stellplätze benötigt werden, zu begrünen. P2: Innerhalb der gekennzeichneten Fläche ist eine dichte Heckenpflanzung aus standortgerechten Gehölzen vorzunehmen. Hierzu sind einheimische Gehölze in einem Raster von 1m x 1m anzupflanzen und auf Dauer zu erhalten und zu pflegen. P3: Entlang der Saarwellinger Straße hat die Anlage einer einseitigen Allee aus standortgerechten Hochstämmen zu erfolgen. Hierzu sind in Abständen von 10 m standortgerechte Laubbaumhochstämmen gemäß Pflanzliste anzupflanzen und dauerhaft zu pflegen. Zur Anpflanzung sind nur einheimische und standortgerechte Arten zu verwenden. Die folgende Artenliste stellt eine Auswahl der zu pflanzenden Gehölze dar: Pflanzliste Heckenpflanzung (Beispiele): Sträucher, 2xv., H. 1,00 m Feldahorn, Hainbuche, Schlehe, Weißdorn, Wolliger Schneeball, Gemeiner Schneeball, Sal-Weide Pflanzliste Alleepflanzung (Sorten siehe Straßenbaumliste der Gartenbauleiter): Hochstämmen, 3xv., STU 12-14 cm Berg-Ahorn, Spitz-Ahorn, Eberesche, Winter-Linde Sommer-Linde Den Grundstücken im Geltungsbereich werden folgende Ausgleichsmaßnahmen in einem Gesamtvolumen von 105.110 ökologischen Werteinheiten (Bilanzierung nach Weyrath) zugeordnet: "Unwald aus zweiter Hand" (Maßnahme im Rahmen der Ökokontenregelung) - Entwicklung und Sicherung großflächiger Waldgebiete Die genauen Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans sind der Planzeichnung zu entnehmen.
10. Zuordnung von Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich (§ 9 Abs. 1a BauGB)	
11. Räumlicher Geltungsbereich (§ 9 Abs.7 BauGB)	

Festsetzungen - Örtliche Bauvorschriften

gem. § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 85 LBO Saarland

Dachneigung (§ 85 Abs. 1 Nr. 1 LBO Saarland)	Innerhalb des Plangebietes sind Dachneigungen bis max. 30° zulässig.
Werbeanlagen (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 LBO Saarland)	Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig. Unzulässig sind blinkende Leuchtreklamen sowie zeitweise oder ständig sich bewegend Werbeanlagen.
Unbebaute Flächen der Grundstücke (§ 85 Abs. 1 Nr. 3 LBO)	Die unbebauten Flächen der Grundstücke sind als Grün- bzw. Gartenflächen anzulegen, sofern sie nicht als Verkehrsflächen benötigt werden. Dabei sind für Anpflanzungen geeignete einheimische, standortgerechte Gehölze zu verwenden.
Anlagen für Photovoltaik und Brauchwasser-erwärmung	Anlagen für Photovoltaik und Brauchwasser-erwärmung sind auf den Dächern zulässig.
Dach- und Fassadenbegrünungen	Die Anlage von Dach- und Fassadenbegrünungen ist erlaubt.

Nachrichtliche Übernahmen

gem. § 9 Abs. 6 BauGB

Schutzflächen nach Energierechtlichen Vorschriften	In einem Radius von 10 m, gemessen um den Mittelpunkt des Maststandortes, sind insbesondere Abgrabungs- und Ausschachtungsarbeiten nur mit Zustimmung der VSE zulässig. Unabhängig vom Bebauungsplanverfahren müssen der VSE zu gegebener Zeit die Baugründe für die geplanten Bauvorhaben im Einzelfall zur Prüfung und Stellungnahme vorgelegt werden. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf die während der Bauausführung zu beachtenden Sicherheitsauflagen. Bei der Planung der Grünflächen sind innerhalb des Grünstreifens nur Bäume und Sträucher mit niedriger Endwuchshöhe zu Bepflanzung vorgesehen, die den Betrieb der Freileitung nicht gefährden. Im Hinblick auf einen reibungslosen Bauablauf sind der VSE die entsprechenden Plangrundlagen möglichst frühzeitig vorzulegen. Die Kosten für Sicherungs-, Umlegungs- und ggf. Reparaturmaßnahmen gehen zu Lasten des Verrurschers.
Hinweise	
Immissionen aus dem Betrieb und der Unterhaltung der Eisenbahn	Immissionen aus dem Betrieb und der Unterhaltung der Eisenbahn sind entschädigungslos zu dämpfen, hierzu gehören auch Bremsstaub, Lärm und Erschütterungen. Schutzmaßnahmen gegen Einwirkungen aus dem Bereich der Eisenbahn haben auf Kosten des Bauherrn zu erfolgen.
Wasserschutzgebiet	Das Plangebiet liegt innerhalb der Schutzzone III des geplanten Wasserschutzgebietes „Nalbach“, des Trinkwasserzweckverbandes der Gemeinde Nalbach.
Kampfmittel	Im gesamten Plangebiet sind Kampfmittel nicht auszuschießen. Vom Vorhandensein von Kampfmitteln im Untergrund bis zu 4m Tiefe muss

Gesetzliche Grundlagen

Bund: Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes zur Neuregelung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitions-erleichterungs- und Wohnbaulandgesetz) vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichen-verordnung 1990 PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58) Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen vom 8. April 2013 (BGBl. I S. 734)	Land: Saarländisches Landesplanungsgesetz (SLPG), Gesetz Nr. 1502 vom 18. November 2010 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2599), zuletzt geändert durch Art. 3 Abs. 5 des Gesetzes Nr. 1592 zur Neuregelung des Saarländischen Naturschutzrechts vom 5. April 2008 (Amtsblatt des Saarlandes S. 726) und Art. 1 des Gesetzes Nr. 1621 vom 16. Mai 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1390) Kommunalselbstverwaltungsgesetz (KSVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes S. 682), zuletzt geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 4 des Gesetzes Nr. 1673 zur Einführung der elektronischen Form für den Amtsblatt des Saarlandes vom 11. Februar 2009 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1215) Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz SNG), Art. 1 des Gesetzes Nr. 1592 zur Neuregelung des Saarländischen Naturschutzrechts vom 05. April 2008 (Amtsblatt des Saarlandes S. 726), geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 5 des Gesetzes Nr. 1661 zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung und zur Umsetzung der SUP-Richtlinie im Saarland vom 28. Oktober 2008 (Amtsblatt des Saarlandes 2009 S. 3) Saarländisches Wassergesetz (SWG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1994) zuletzt geändert durch das Gesetz zur Bereinigung des Landeswassers vom 18. November 2010 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2588)
---	---

Bund: Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes zur Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes und anderer umwelt-rechtlicher Vorschriften vom 21. Januar 2013 (BGBl. I S. 95) Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen vom 8. April 2013 (BGBl. I S. 734) Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz BBodSchG) vom 17. März 1998, zuletzt geändert durch Artikel 5 Absatz 30 des Gesetzes zur Neuregelung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212) Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert durch Artikel 5 Absatz 31 des Gesetzes zur Neuregelung des Kreislaufwirtschafts und Abfallrechts vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212)	Land: Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSchG), Artikel 1 des Gesetzes zur Neuordnung des saarländischen Denkmalrechts vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1498), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes Nr. 1668 vom 17. Juni 2009 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1374) Landesbaurechtsordnung (LBO), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1544 zur Neuordnung des Saarländischen Bauordnungs- und Baurechts vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1715 zur Anpassung der Landesbaurechtsordnung an die Richtlinie 2006/123/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt vom 16. Juni 2010 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1312) Saarländisches Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt des Saarlandes S. 210), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822) Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (SBodSchG)-Saarländisches Bodenschutzgesetz vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 990) zuletzt geändert durch Artikel 5 Absatz 31 des Gesetzes Nr. 1632 zur Reform der saarländischen Verwaltungsstrukturen vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2393)
---	---

Verfahrensvermerke

Aufstellungsbeschluss Der Rat der Gemeinde Nalbach hat in seiner Sitzung am 17.11.2011 die Aufstellung des Bebauungsplans "Östlich der Saarwellinger Straße" im Gemeindebezirk Nalbach beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB). Der Aufstellungsbeschluss wurde am 16.12.2011 durch Veröffentlichung im amtlichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Nalbach ortsüblich bekannt gemacht. Nalbach, den 01.07.2013 ...gez. Lehnert Der Bürgermeister	Satzungsbeschluss Der Bebauungsplan "Östlich der Saarwellinger Straße" im Gemeindebezirk Nalbach wurde in der öffentlichen Sitzung am 12.12.2012 vom Rat der Gemeinde Nalbach als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde gebilligt. (§ 10 Abs. 1 BauGB) Nalbach, den 01.07.2013 ...gez. Lehnert Der Bürgermeister
Beteiligungsverfahren Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde vom 16.03.2012 bis 17.04.2012 durchgeführt (§ 3 Abs. 1 BauGB). Sie wurde am 08.03.2012 durch Veröffentlichung im amtlichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Nalbach ortsüblich bekannt gemacht. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 05.03.2012, frühzeitig von der Planung unterrichtet (§ 4 Abs. 1 BauGB). Der Rat der Gemeinde Nalbach hat in seiner Sitzung am 18.10.2012 den Entwurf des Bebauungsplans mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt. Der Entwurf des Bebauungsplans hat mit der Begründung in der Zeit vom 05.11.2012 bis einschließlich zum 05.12.2012 während der Dienststunden öffentlich ausliegen (§ 3 Abs. 2 BauGB). Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können, dass 1 nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben, und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können, am 28.10.2012 durch Veröffentlichung im amtlichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Nalbach ortsüblich bekannt gemacht. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 02.11.2012 von der Auslegung benachrichtigt (§ 4 Abs. 2 BauGB). Der Rat der Gemeinde Nalbach hat in seiner öffentlichen Sitzung am 12.12.2012 die abgegebene Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange geprüft. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen vorgebracht haben, mit Schreiben vom 07.05.2013 mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).	Bekanntmachung Der Beschluss des Bebauungsplans sowie die Stelle, bei der der Plan mit Begründung auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und bei der über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, wurden am 28.06.2013 im amtlichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Nalbach ortsüblich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten. Nalbach, den 01.07.2013 ...gez. Lehnert Der Bürgermeister

Übersichtslageplan (ohne Maßstab)

Maßstab	Projektbezeichnung	Planformat
1 : 1000	NAL-BP-SAAR-11-068	775 x 841 mm
Verfahrensstand	Datum	Bearbeitung
Satzung	12.12.2012	Dipl.-Geogr. Th. Eisenhut

Gemeinde Nalbach

Bebauungsplan „Östlich der Saarwellinger Straße“

Am Homburg 3
66123 Saarbrücken
Tel.: 0681 / 389 16-0
Fax: 0681 / 389 16-70
info@argusconcept.com
www.argusconcept.com

ARGUS CONCEPT
Gesellschaft für Lebensraumentwicklung mbH